

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Druckungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erhältlich wöchentlich. Jahrespreis — Anschlag Nr. 53.

Verlagsgesellschaft des Erzgebirges
Verlag für Anzeigen aus Aue und Umgebung 50 Pfennige, auswärts 60 Pfennige, Kellernpostzeit 60 Pfennige, auswärts 70 Pfennige.
Monatlicher Preis 1 Reichsmark, auswärts 1 Reichsmark 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 156

Freitag, den 6. Juli 1928

23. Jahrgang

Ruhige Aussprache über die Regierungserklärung

Berlin, 4. Juli. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte eröffnete Dr. Breitscheid als Vertreter der größten Fraktion, der Sozialdemokratie, die Rednerliste. Breitscheid hielt es für nötig, den Charakter des jetzigen Kabinetts genau zu umschreiben und die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu begründen. Er sah sich dazu durch die Zwischenrufe der Kommunisten veranlaßt, die ihn mehrmals zu polemischen Äußerungen reizten.

Dann sprach Graf Westarp. Es fiel auf, wie scharf der deutschnationale Führer sich die Forderungen der größeren deutschen Länder zu eigen machte. Bekanntlich konnte man früher von den Deutschnationalen oft auch Äußerungen hören, die durchaus in der Richtung des Einheitsstaates lagen; aber damals haben sie das getan, weil sie aus der Zentralkürzung Machtverhältnisse für ihre Partei und ihre Anhänger in den Kammern ziehen zu können glaubten. Unvorsichtig war es vom Grafen Westarp, daß er sich dann über den Stillstand der Außenpolitik äußerte, denn er hatte dabei nicht bedacht, daß dieser Stillstand zeitlich genau mit der Teilung der Deutschnationalen an der Regierung zusammenfällt. Von einem Zollobbau will der Führer der Rechten nichts wissen.

Das Zentrum ließ als seinen Vertreter Dr. Perltius sprechen. Der seit einigen Monaten mit Vorliebe in den Vordergrund gestellt wird. Perltius gab für seine Fraktion eine wohlbedachte Erklärung ab, deren Sinn der ist, daß sich das Zentrum nach seiner guten, alten Tradition für alle Fälle die Hände frei halten und von einer abschließenden Stellungnahme einstweilen nichts wissen will. Die Ausführungen über das Schulgesetz lassen die Deutung zu, daß das Zentrum, da es einer seiner Wünsche nicht entsprechenden Lösung nicht zustimmen könnte, lieber damit einverstanden wäre, daß es in den nächsten Jahren noch nicht zu einer gesetzlichen Regelung kommt. Es hat jedenfalls nicht angekündigt, daß es selbst einen Vorstoß unternehmen wolle, dagegen hat es sich eindeutig gegen jede Erleichterung der Ehecheidung ausgesprochen.

Für die Kommunisten sprach ein Neuling, der thüringische Abgeordnete Ewert. Es ist lediglich zu erwähnen, daß er einen Mißtrauensantrag seiner Partei zu begründen hatte.

Was das Zentrum kann, kann die Deutsche Volkspartei auch. Dr. Scholz schloß sich dem an. Die äußere Form der Regierungserklärung zu betrachten. Die Forderung auf eine Umbildung der preussischen Regierung wurde erneuert. Während aber die Volkspartei in Preußen mindestens zwei Ministerien mit ihren Deuten besetzen will, möchte sie im Reich die Ressorts radikal zusammenlegen, als ob etwa der Aufgabenkreis eines Reichsministeriums kleiner und unwichtiger sei, als jener eines Länderministeriums. In der Frage des Einheitsstaates kann sich die Deutsche Volkspartei dagegen nicht den Deutschnationalen anschließen. Sie würde sich höchstens mit einer Rückgabe der finanziellen Selbständigkeit abfinden. Immerhin ist diese Verbeugung gegen rechts beziehend. Ohne einen Aufruf zu haben, lud Scholz die Wirtschaftspartei zur Beteiligung an der Regierung ein.

Fritsch und mit seinem gewohnten Humor sprach der Demokrat Haas, der manche treffende Formulierung fand und in seiner lebenswichtigen Art der Deutschen Volkspartei einige bittere Wahrheiten sagte.

Drewitz, der Führer der Wirtschaftspartei, und der Bayerische Volksparteiler Leicht schlossen die erste Rednergarnitur ab. Als ihr Ergebnis ist zu buchen, daß Sozialdemokraten und Demokraten versucht haben, die anderen Parteien auf die Koalition festzulegen, daß sich aber Zentrum und Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei freie Hand vorbehalten haben.

Die parlamentarische Lage.

Berlin, 4. Juli. Die parlamentarische Lage nach Abschluß des ersten Teiles der Aussprache über die Regierungserklärung, die in der heutigen Reichstags-Sitzung erfolgte, ist durch die Einbringung eines kommunistischen und eines deutschnationalen Mißtrauensantrages sowie eines nationalsozialistischen Vertrauensantrages gekennzeichnet. Angesichts der Erklärung des Vertreters der Nationalsozialisten, daß seine Partei selbstverständlich kein Vertrauen zur Regierung habe und durch das Verlangen eines Vertrauensvotums nur die notwendige Klärung herbeiführen wollte, wird sich der Reichstagsrat erst nach der Zulassung des Mißtrauensantrages mit dem Vertrauensvotum befassen. In der

erwartet man für morgen die Einbringung eines Antrages, wonach der Reichstag die Programmklärung der neuen Reichsregierung billigt. Ueber diesen Antrag als den weitergehenden müsse zuerst abgestimmt werden. Mit seiner Annahme wären die Vertrauens- und Mißtrauensanträge erledigt. Es ist noch nicht sicher, ob der Antrag gemeinsam von den in der Regierung durch Minister vertretenen Parteien oder von den Sozialdemokraten bzw. von diesen zusammen mit den Demokraten eingebracht werden wird. Das Zentrum ließ in der heutigen Sitzung erklären, daß es die Regierungserklärung zur Kenntnis nehme. Es wird aber in parlamentarischen Kreisen erwartet, daß Zentrum und Deutsche Volkspartei dem Billigungsantrag, gleichgültig wer ihn einbringt, zustimmen werden.

Verhandlungen über die Ausführung des Regierungsprogramms.

Berlin, 4. Juli. Während der politischen Aussprache im Reichstag finden zwischen Mitgliedern des Kabinetts und den Parteien bereits Verhandlungen über die Ausführung des Regierungsprogramms statt. Bei der Besprechung, die Reichsjustizminister Koch heute nachmittag mit Vertretern der Fraktionen über die Amnestiefrage hatte, wurde, wie im Reichstag verlautet, eine Annäherung erzielt, die wahrscheinlich auch den Deutschnationalen die Zustimmung möglich machen wird. Außerdem wurde über die Fragen der Lohnsteuer verhandelt, und es heißt, daß auch dieses Problem schneller gelöst werden wird, als man ursprünglich angenommen hatte.

Berlin, 4. Juli. Der Reichsarbeitsminister Wissell hat alsbald nach seinem Amtsantritt seinen unterstellten Behörden seine Auffassung von dem sozialen Empfinden kundgegeben, das sie den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gegenüber in die Tat umzusetzen haben. Er hat den feierlichsten von der Öffentlichkeit lebhaft begrüßten Erlaß seines Amtsvorgängers über den Verkehr zwischen Versorgungsstellen und Versorgungsberechtigten eindringlich in Erinnerung gebracht und die Erwartung ausgesprochen, daß die Arbeit der Behörden und Beamten von dem Bewußtsein ihrer hohen sozialen Aufgabe getragen werde. Grundlegend für die gesamte Versorgungstätigkeit müsse die Auffassung sein, daß die Beschädigten und die Hinterbliebenen über förmliche und gefühlvolle Ansprache hinaus ein Recht auf werktätige Hilfe hätten. Richtschnur für den gesamten Dienstverkehr sei demnach: Jede Sorge für das Wohl der Versorgung Begünstigten und unermüdete Dienstbereitschaft auch in den kleinsten Dingen. Die Ausführungen des Ministers bringen des weiteren beachtliche Fingerzeige über die vertrauensvolle Gestaltung der Beziehungen zwischen den Versorgungsdienststellen und den Organisationen der Versorgungsberechtigten. Wertvolle Ergebnisse liegen sich insbesondere durch mündliche Aussprachen und gegenseitigen Erfahrungsaustausch gewinnen.

Die Wiener Presse zur deutschen Regierungserklärung.

Wien, 4. Juli. Die Blätter beurteilen das Programm des Kabinetts Müller-Franken im zustimmenden und anerkennenden Sinne. Die „Reichspost“ sagt, die Regierungserklärung habe wegen der Zusammenfassung des Kabinetts hinsichtlich wesentlicher innenpolitischer Probleme einen Kompromißcharakter, doch bestehe wegen der Fortführung der bisherigen Außenpolitik Einheit und Geschlossenheit. Stresemanns Politik sei von der neuen Regierung als das stehende Gerüst des ganzen Hauses übernommen worden. Die Regierungserklärung sei ein Rahmenprogramm, sie lasse erkennen, daß sich die Regierung nicht als ein Provisorium betrachte. Die „Neue Freie Presse“ erwähnt, man habe den Eindruck gewonnen, daß mit Müller-Franken ein Mann das Wort ergriffen habe, der keine Politik von heute auf morgen macht. Von größter Wichtigkeit sei der wirtschaftliche Teil seiner Rede, in dem sich nicht die leiseste rein sozialistische Note eingeschlichen habe. Das „Neue Wiener Tageblatt“ nennt die Erklärung Müller-Frankens eine staatskluge Rede, aus der man entnehmen müsse, daß sich die neue Regierung nicht als Provisorium ansehe. Aus der Rede ließe sich nicht erkennen, daß der Leiter dieser Regierung ein Sozialdemokrat sei. Seine Rede zeige, daß man ein entschlossener Vertreter der Arbeiterschaft und zugleich ein nationaler und auf die Gesamtheit des Völkers abzielender Staatsmann sein kann.

Pariser Zeitungsstimmen über die deutsche Regierungserklärung.

Paris, 4. Juli. Die Erklärung der neuen Reichsregierung findet besondere Beachtung bei der unabhängigen und linksstehenden Presse. So schreibt „Matin“: Zum ersten Male hat der Bericht auf den Gedanken der Revanche offiziell auf der Tribüne des Reichstages formuliert werden können. Hermann Müller hat aus diesen Prämissen die erwarteten Schlussfolgerungen gezogen. Er besteht auf der möglichst raschen Räumung der noch besetzten rheinischen Gebiete und des Saargebietes, aber er unterstreicht ganz besonders, welche Bedeutung es für die Verständigungspolitik haben kann, einen Entschluß über die Räumung der zweiten Zone zu treffen. Hermann Müller, so schreibt „Deuxième“, habe Forderungen aufgestellt, die man erwartete. Nunmehr müßten die Alliierten ihr Programm festlegen. Die rechtsstehende Presse findet, daß der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller nicht anders gesprochen habe als ein bürgerlicher Reichskanzler. So schreibt „Mentir“, er habe immer wiederholt, daß die deutschen Sozialdemokraten auf außenpolitischem Gebiete dasselbe Endprogramm hätten wie alle anderen Parteien einschließlich der Nationalisten. Die ministerielle Erklärung Hermann Müllers bestätige, daß die Sozialdemokraten, wenn sie an der Macht sind, dieselbe Taktik gegenüber dem Ausland verfolgten wie die Volksparteiler. „Echo de Paris“ charakterisiert die gestrige Erklärung der neuen Reichsregierung als die Forderung zur sofortigen und Gratiorkäumung des Rheinlandes. „Figaro“ schreibt, der neue deutsche Reichskanzler brette allen Illusionen der französischen Internationalisten durch die gestrige Erklärung im Reichstag ein Ende. „Gaulois“ schreibt, mit Offenheit lehne die neue deutsche Regierung von vornherein die Diskussion über die Sicherheitsgarantien und über die Entscheidung für das Rheinland ab. Es sei nicht mehr die Rede von einem ehelichen Handel auf dem Grundsatze des Gebens und Nehmens, es handle sich um einen Tauschhandel, bei dem Frankreich aufgefordert werde, alles für nichts aufzugeben.

Amerika zur deutschen Regierungserklärung.

Washington, 4. Juli. Die Regierungserklärung, die Reichskanzler Müller im Reichstag vorlesen hat, wird hier allgemein mit großer Aufmerksamkeit geprüft. Der Hinweis darauf, daß auch die neue Reichsregierung an der bisherigen äußeren Politik festhalten werde, hat, wie dem Vertreter von W.W. im Staatsdepartement mitgeteilt wurde, Befriedigung hervorgerufen. Mit besonderer Genugtuung wurde die Ankündigung des Reichskanzlers begrüßt, daß Deutschland bereit sei, den Kellogg-Pakt zu unterzeichnen. Man gab bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, daß, nachdem Deutschland als erster Staat seine Zustimmung geäußert habe, nunmehr die anderen Staaten bald Deutschlands Beispiel folgen werden.

In einer Besprechung der Programmrede des Reichskanzlers Hermann Müller betont die „New-York World“, niemand Wanne behaupten, daß noch ein Grund vorhanden sei, um die Befestigung der Rheinlande bis zum vertraglichen Termin aufrecht zu erhalten. Die Behauptungen des letzten Berichts des Generals Guillaumat seien in Nichts zerfloßen. Der Druck im Lande auf Herabsetzung der Rheinlandbesatzung habe die englische öffentliche Meinung ausgedrückt gegeben, die den Augenblick herbeiwünscht, wo der deutsche Boden besatzungsfrei ist. Die letzten Reichstagswahlen, so fährt das Blatt weiter, haben den offenen Sinn des deutschen Volkes kundgetan dadurch, daß die Extrem-Deutschnationalisten ein Drittel Stimmen verloren. Der Hauptgrund für Frankreich, die Rheinlande weiter besetzt zu halten, sei der Wunsch, ein Handelsobjekt zu haben, das, wenn nicht Deutschland, so doch den englischen und amerikanischen Gläubigern gegenüber Dienste leisten solle, sonst lasse sich die Befestigung in keiner Weise verteidigen.

Der Reichskanzler erwidert.

Reichskanzler Hermann Müller wird laut „Post“ am Donnerstag im Reichstag noch einmal das Wort nehmen, um auf die Kritik, die die einzelnen Parteitredner an der Regierungserklärung geübt haben, zu erwidern. Wahrscheinlich wird er nach der Rede des zweiten deutschnationalen Sprechers in die Debatte eingreifen.

Die neuen Minister beim Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Juli. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute vormittag den Reichsinnenminister Sebering und den Reichsarbeitsminister Wissell.